

ist, zu kommen und eine zusätzliche Messe zu lesen“. Auch dieser Mißstand könne mit einigem guten Willen behoben werden. In den Pfarreien mit mehreren Geistlichen sei der Bedarf unter der Woche größer. An den Sonntagen könnte ohne Schwierigkeiten der eine oder andere Vikar in einer Vorstadtpfarrei aushelfen, wo der Pfarrer allein ist. Viele Kapläne in den Städten beklagten sich darüber, daß sie keine Möglichkeit zum Predigen hätten. Das komme daher, daß man bei jeder Gelegenheit Aushilfen von außerhalb der Pfarrei, besonders von seiten der Klöster, in Anspruch nehme. „Es darf nicht sein, daß die Überfülle an apostolischen Kräften zu einer Schwächung unseres Priestertums führt, denn dann würden wir einschlafen und Gefahr laufen, in einer katastrophalen Situation aufzuwachen. Auch ohne Hilfeleistung für die Missionen droht unsere Schläfrigkeit uns in beklagenswerte Verhältnisse zu stürzen, und das sehr bald.“

Aus der totalitären Welt

Zur Auseinandersetzung der SED mit den Schriftstellern und Künstlern in der „DDR“

Schon der VI. Parteitag der SED (Januar 1963) stand innenpolitisch im Zeichen einer verstärkten Auseinandersetzung mit den Künstlern und Schriftstellern Mitteldeutschlands (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 369). Den Höhepunkt erreichte die Auseinandersetzung jedoch erst nach dem VI. Parteitag in den Monaten März, April und Mai. Bezeichnenderweise verurteilte die SED-Führung die ihr mißliebigen Schriftsteller erst, nachdem die Führung der KPdSU mit aufsässigen sowjetischen Literaten abgerechnet hatte.

Die Abkanzlung der Literaten in der Sowjetunion

In den letzten Jahren hatte die KPdSU ihre Aufmerksamkeit vorwiegend auf den wirtschaftlichen Aufschwung des Landes konzentriert. Aus diesem Grunde wurde die ideologische Arbeit etwas vernachlässigt. Spätestens Ende vergangenen Jahres muß jedoch die Parteiführung der Sowjetunion festgestellt haben, daß ein erheblicher Teil der sowjetischen Intelligenz das Koexistenzprinzip auch auf den ideologischen Bereich von Kunst und Literatur ausgedehnt hatte. Die Enthüllungsliteratur über die Schrecken der Stalin-Ära hatte nicht nur einen immer größeren Umfang angenommen, sondern auch in der Romanliteratur wurden die Zustände naturalistisch-realistisch, im Gegensatz zu den Prinzipien des „sozialistischen Realismus“, gezeichnet.

Diese Selbstbefreiung der sowjetischen Literaten aus den Fesseln der kommunistischen Kunst doktrin wirkte auch in die „DDR“ herüber. Auch hier wandten sich Schriftsteller und Künstler vom Dogma des „sozialistischen Realismus“ ab; die SED-Führung war jedoch wegen der anfänglichen Zurückhaltung der KPdSU unsicher und wartete ab. Als am 17. Dezember 1962 der sowjetische Chefideologe Leonid Iljitschow auf einer Zusammenkunft mit sowjetischen Kulturfunktionären und Künstlern die Künstler offen angriff, war dies für die SED-Führung ein willkommenes Signal, ebenfalls den Kampf aufzunehmen.

Die Dezemberberatung in Moskau brachte jedoch keinen eindeutigen Erfolg der KPdSU-Führung. Zwar wurde nur das Referat von Iljitschow veröffentlicht, jedoch sickerte durch, daß führende Repräsentanten der Sowjetliteratur,

wie Ilja Ehrenburg, assistiert von einigen jungen, wie Jewtuschenko, für die Freiheit künstlerischen Schaffens und gegen die Einmischung der Partei eingetreten waren. Die KPdSU-Führung sah sich einem literarischen Dekabristen-Aufstand gegenüber, der deshalb bedrohlich war, weil sich Vertreter verschiedener Generationen und Kunstauffassungen in ihrem Drang nach künstlerischer Freiheit einig waren.

Schon am 7. und 8. März 1963 wurden sowjetische Kulturfunktionäre, Schriftsteller und Künstler erneut in den Kreml gerufen. Diesmal sprach Chruschtschow zu ihnen. Er rechnete mit den Aufsässigen ab und forderte die Unterordnung der Schriftsteller und Künstler unter den Willen der Partei. Ilja Ehrenburg und andere wurden persönlich scharf angegriffen. Chruschtschow warf ihnen „nihilistische Auffassungen“, „schädliche Unparteilichkeit“, „Geringschätzung der revolutionären Vergangenheit“, „sozialen Infantilismus“, „intellektuellen Hochmut“, „herrschaftliche Herablassung“ und „ideologisches Kapitulantentum“ vor, er forderte, daß Literatur und Kunst als wichtige ideologische Waffen in strengster Parteilichkeit der Partei zu dienen haben.

Er stellte Jewtuschenko vor die Alternative:

„Scheuen Sie sich nicht, Genosse Jewtuschenko, Ihre Fehler zuzugeben. Fürchten Sie nicht, was Ihre Feinde über Sie sagen werden. Sie müssen klar erkennen, daß die Gegner beginnen werden, Sie zu loben, wenn wir Sie wegen des Abgehens von prinzipiellen Positionen kritisieren. Wenn die Gegner unserer Sache Sie für Werke, die ihnen genehm sind, zu loben beginnen, dann wird das Volk Sie mit Recht kritisieren. Sie müssen also wählen, was Ihnen besser zusagt“ (vgl. „Neues Deutschland“, 14. 3. 63, S. 5).

Chruschtschow bemerkte weiter:

„In Fragen des künstlerischen Schaffens wird das Zentralkomitee von allen — vom verdientesten und bekanntesten Literatur- und Kunstschaffenden ebenso wie vom jungen Debütanten — die strikte Einhaltung der Parteilinie verlangen... In der Literatur und Kunst unterstützt die Partei nur jene Werke, die das Volk beflügeln und dem Zusammenschluß seiner Kräfte dienen. Die Gesellschaft hat das Recht, solche Werke zu verurteilen, die von seinen Interessen divergieren“ (ebd.).

Wenn Chruschtschow ab Dezember 1962 für eine scharfe Kritik an den Schriftstellern und Künstlern eintrat, so hatte dies verschiedene Gründe. Er wollte verhindern, daß die ideologische Position der Partei innerhalb der Sowjetunion weiter untergraben wird, um in der weltpolitischen Auseinandersetzung mit dem Westen nicht geschwächt zu werden. Die Aufrechterhaltung der Führungsrolle im Ostblock machte es nötig, der „Aufweichung“ der inneren Front zu begegnen und bei den Auseinandersetzungen über die Konsolidierung der Parteidiktatur beispielgebend voranzugehen. Die „Neue Zürcher Zeitung“ stellte am 31. März 1963 folgenden weiteren Aspekt heraus: „Auch im Hinblick auf die Auseinandersetzung mit den ‚Dogmatikern‘ in Peking besteht bei Chruschtschow die Tendenz, den Chinesen keine zusätzlichen Angriffsflächen zu bieten, etwa für Anklagen, daß man in Moskau den ‚sozialistischen Realismus‘ Stalins oder die ‚Parteilichkeit‘ der Kunst im Sinne Lenins verraten habe.“

Die „Aussprache“ vom 25. März

Die Reaktion der SED-Führung auf Chruschtschows verschärften kulturpolitischen Kurs ließ nicht lange auf sich warten. Das Halali aus Moskau, mit dem die Reviere von Kunst und Literatur zur Jagd auf aufsässige Elemente freigegeben wurden, war Musik in den Ohren

Ulbrichts. Schon am 25. und 26. März 1963 rief die SED-Führung Kulturfunktionäre, Schriftsteller und Künstler zu einer „Ausprache“ nach Ost-Berlin. Der Vorsitzende der Ideologischen Kommission beim Politbüro der SED, Prof. Kurt Hager, rechnete mit den Aufsässigen gründlich ab. Walter Ulbricht ergänzte diese Abrechnung noch durch ein Schlußwort.

Das Referat von Hager und das Schlußwort Ulbrichts sind Dokumente der Kulturknebelung. Jede Hoffnung auf eine Liberalisierung wird durch sie zunichte gemacht. Kompromißlos wird der „sozialistische Realismus“ zum einzig gültigen Schaffensprinzip erhoben. Die beiden Reden waren deutliche Meilensteine auf dem Wege einer Kulturpolitik Stalinscher Prägung in der „DDR“. Die scharfen Angriffe auf einige Schriftsteller und Künstler waren verbunden mit Entlassungen, Publikationsverboten und Visaverweigerungen.

Seit Veröffentlichung dieser Reden kann die SED die Existenz eines formierten Widerstandes unter der künstlerischen Intelligenz der „DDR“ nicht mehr leugnen. Ein beträchtlicher, einflußreicher Teil dieser Schicht — Altkommunisten und junge Generation — ist der doktrinen Parteilührung entglitten. Ulbricht bezichtigte die Opponenten sogar der politischen Heimtücke.

Die Schärfe der Ausführungen von Hager und die eingeleiteten Terrormaßnahmen lassen darauf schließen, daß die SED sich im vergangenen Herbst und Winter einem immer stärker werdenden Druck der Künstler gegenüber sah, der von ihr als bedrohlich angesehen wurde. Die Politik des Dampfablassens, die Ulbricht zeitweilig billigte, hatte sich als zu riskant erwiesen und diente schließlich nur dazu, Künstler und Schriftsteller mit ihren Meinungen herauszulocken, um sie dann schlagen zu können.

Die SED hat zwei Jahre außenpolitischer und wirtschaftlicher Niederlagen hinter sich. Es bestehen vorerst keine Möglichkeiten, den Lebensstandard des Volkes zu erhöhen. Das Ansehen der Parteilührung ist infolge der Mißerfolge selbst bei Gutwilligen und bei Parteilängern erheblich gesunken. In dieser Atmosphäre allgemeiner Unsicherheit und Unzufriedenheit kann die Partei niemanden dulden, der sich zum Wortführer der Opposition macht. Die Maßnahmen, die die SED-Führung gegen Schriftsteller und Künstler eingeleitet hat, sind hauptsächlich vorbeugender Natur. Sie sollen einer bedrohlichen Ausweitung der allgemeinen Unruhe zuvorkommen. Auf Grund der Rolle, die gerade Schriftsteller vor und während des ungarischen Volksaufstandes und des „polnischen Oktobers“ gespielt haben, ist die SED-Führung gegen Schriftsteller und Künstler besonders mißtrauisch.

In dem Referat, das Kurt Hager auf der Märztagung hielt, hieß es:

„Einige Schriftsteller und Künstler verhalten sich ablehnend und kühl zu diesen Beschlüssen [des Parteitags]. Andere geben zwar in Worten ihre Zustimmung, ziehen aber keine Konsequenzen für ihre Arbeit... Sie suchten gegenüber Partei und Regierung ihre eigene Politik durchzusetzen. Dabei ging es keineswegs nur um die Anerkennung des Bitterfelder Weges, um die Frage, ob der Schriftsteller und Künstler seine Lebensweise ändern und ob er sich der Gegenwartsthematik zuwenden soll. Es ging auch nicht in erster Linie um ästhetische Probleme. Es ging um Grundfragen der Politik und Kulturpolitik von Partei und Regierung“ (vgl. „Neues Deutschland“, 30. 3. 63, S. 3).

Trotz allem Gerede von der Überlegenheit der „sozialistischen Nationalkultur“ gegenüber dem „Kulturzerfall

in der Bundesrepublik und der dekadenten entarteten bürgerlichen Kunst“ betreibt Hager ängstlich die geistige Abschneidung der mitteldeutschen Bevölkerung von Westdeutschland. Die SED hat offenbar die für sie gefährliche Wirkung gesamtdeutscher Kontakte erkannt. Bisher übte die westdeutsche Literatur einen nicht unbedeutenden Einfluß auf die künstlerische Intelligenz in Mitteldeutschland aus.

Zahlreiche Schriftsteller verfolgten mit großer Aufmerksamkeit Neuerscheinungen auf dem westdeutschen Büchermarkt und verstanden auch, sich bestimmte Bücher zu beschaffen. Es gab eine echte sachliche Neugier. Diese Neugier wurde gefördert und zum Teil auch befriedigt durch die literarische Zeitschrift „Sinn und Form“, die Peter Huchel leitete, durch Hans Meyers Leipziger Vorlesungen und durch Stephan Hermlins Tätigkeit in der Akademie. Diese Schriftsteller machten ihre Leser, Studenten oder die von ihnen betreuten künftigen Wissenschaftler und Künstler mit westlichen Originalen vertraut. Stephan Hermlin vertrat die weitherzige Auffassung, daß zur sozialistischen Kultur alles gehöre, „was nicht den Faschismus verteidigt, nicht zum Kriege hetzt und nicht dem Rassismus huldigt“.

In Zukunft wird die SED das Erscheinen westdeutscher Bücher in der „DDR“ weitgehend verhindern. Nur die westdeutschen Autoren, die positiv zur „DDR“ stehen, können mit einer Herausgabe ihrer Bücher rechnen. Nach der Märzkonferenz erklärte Kulturminister Bentzien vor mitteldeutschen Verlagsleitern:

„Wir werden, und das ist der offizielle Standpunkt des Ministeriums, westdeutsche Autoren nur drucken, wenn ihre Bücher eine ideologische und künstlerische Bedeutung für die Entwicklung unserer sozialistischen Nationalkultur haben können und wenn sie persönlich nicht gegen die DDR oder gegen unsere Ideologie, gegen das sozialistische Lager auftreten“ (vgl. „Süddeutsche Zeitung“, 1./2./3. 6. 63).

Hager übte in seinem Referat harte Kritik an einer Zusammenkunft von „DDR“-Schriftstellern mit einigen Autoren aus dem Westen, die in Berlin-Weißensee stattgefunden hatte. Er bezeichnete diese Zusammenkunft als ein „trautes tête-à-tête der bürgerlichen und sozialistischen Ideologie“.

Erneut wurde in diesem Zusammenhang auch die bisher von Peter Huchel redigierte Zeitschrift „Sinn und Form“ angegriffen. Hager bemerkte:

„Die von Peter Huchel redigierte Zeitschrift ‚Sinn und Form‘ war ein Sprachrohr dieser falschen Konzeption. Die Zeitschrift orientierte sich nicht eindeutig auf den Sieg der Arbeiterklasse im Bunde mit allen anderen demokratischen Kräften, auf den Sieg des Sozialismus in ganz Deutschland, sondern auf irgendeine nebelhafte, durch die Aufrechterhaltung von kulturellen und sonstigen Verbindungen zustande kommende Wiedervereinigung, die eine Art Verschmelzung zwischen Kapitalismus und Sozialismus sein sollte. In dem Bestreben, eine gesamtdeutsche Zeitschrift zu sein, eine Zeitschrift, die auch in Westdeutschland gefällt, eine ‚Brücke zwischen Ost und West‘, wich die Zeitschrift, der man ein hohes literarisches Niveau zugehen muß, jahrelang sorgfältig einer entschiedenen Parteilinie für die sozialistische Entwicklung in der DDR aus“ (vgl. „Neues Deutschland“, 30. 3. 63, S. 3).

Auch der Chef-Dramaturg des Ostberliner „Deutschen Theaters“, Peter Hacks, der vor Jahren aus der Bundesrepublik in die „DDR“ übersiedelte, und der Intendant dieses Theaters, Nationalpreisträger Wolfgang Langhoff, wurden wiederum kritisiert, weil sie in „kritischer Distanz“ und nicht mit „sozialistischer Parteilichkeit“ „zum Leben in der DDR Stellung genommen haben“.

Der Träger des Ostberliner Lessing-Preises Günter Kunert wurde wegen „Pessimismus und ziemlich unverhüllter Angriffe auf die DDR“ angegriffen. Zu den von Kunert verfaßten Texten der Fernsehoper „Fetzers Flucht“ und dem Fernsehfilm „Monolog für einen Taxifahrer“ bemerkte Hager:

„Beide Filme sind durchdrungen von einem tiefen, unserer sozialistischen Weltanschauung fremden Skeptizismus gegenüber dem Menschen und seiner Fähigkeit, die Welt und dabei sich selbst zu verändern“ (vgl. „Neues Deutschland“, 30. 3. 63, S. 4).

Im Fernsehfilm „Monolog für einen Taxifahrer“ denkt der Taxifahrer an einer Stelle:

„Melde, Mensch, immer melde. Ein Volk von verhinderten und nicht verhinderten Polizisten, das sind wir und sind wir schon immer gewesen. Heil uns“ (vgl. „Neues Deutschland“, 30. 3. 63, S. 4).

Hager sagte dazu:

„Wir können es nur als beleidigende intellektuelle Überheblichkeit gegenüber den arbeitenden Menschen unserer Republik ansehen, wenn von ihnen als einem ‚Volk von verhinderten und nicht verhinderten Polizisten‘, als ‚Normalverbrauchern, Durchschnittsmenschen, Durchschnittsnieten, Durchschnittsversagern‘ gesprochen wird. In Inhalt und Form widersprechen beide Werke den Grundforderungen an die Kunst des sozialistischen Realismus. Statt sozialistischer Parteilichkeit für unsere Republik und ihre Menschen finden wir skeptische Distanzierung, Verachtung der Arbeit und des Kampfes der arbeitenden Menschen“ (vgl. „Neues Deutschland“, 30. 4. 63, S. 4).

Hager stellte die eigenwilligen Tendenzen der Schriftsteller und Künstler wie folgt in den von der SED erwünschten großen politischen Zusammenhang:

„Die Dinge haben ihre eigene Logik. Mit der Forderung nach einer ‚offenen‘ Kunst, nach der Freiheit für den Formalismus und die Moderne verbindet sich doch bei einigen Schriftstellern und Künstlern eine ablehnende Haltung nicht nur zum sozialistischen Realismus und zu unserer Kulturpolitik. Sie beginnen, sich als Kenner der politischen Ökonomie aufzuspielen, sprechen in ihren Gedichten davon, daß die Alten abtreten sollen, erklären, daß nicht die Arbeiterklasse, sondern die Intelligenz die Führung haben müsse, und landen unversehens dort, wo der Gegner sie haben will, nämlich im Lager der Feinde der Arbeiter- und Bauern-Macht“ (vgl. „Neues Deutschland“, 30. 4. 63, S. 5).

Walter Ulbricht unterstützte Hager bei dieser „Beratung“. Nachdrücklich forderte er die Schriftsteller auf, ihre Lebensweise zu ändern. Er verlangt, daß Kunst und Literatur unmittelbar helfen müssen, konkrete ökonomische Probleme zu lösen. Deshalb fordert er auch, daß Schriftsteller und Künstler mindestens zwei Berufe haben. Zynisch verspottete er Künstler und Schriftsteller. Er bemerkte z. B., der Begriff „Tauwetter“ sei in der Ideologie ohnehin eigenartig. Wenn das Eis schmelze, komme Wasser, weiter nichts. Man könne sich im „Tauwetter“ nur Schnupfen holen.

Auf die von zahlreichen Schriftstellern und Literaturinteressenten aufgeworfene Frage, warum so wenig neuere sowjetische Romane übersetzt werden, antwortete er:

„Es ist doch kein Zufall, Genossen, daß zu derselben Zeit die gleichen Genossen nach der ‚Freiheit der Literatur‘ riefen und fragten: Warum wird bestimmte sowjetische Literatur und warum werden bestimmte Filme in der DDR nicht verbreitet? Ich habe einigen Genossen die Gegenfrage gestellt: Werke der sowjetischen Literatur übersetzen wir selbstverständlich, aber ich möchte gern wissen, seit wann einige Genossen nichts mehr geschrieben haben, denn es wäre auch nicht schlecht, deutsche Literatur herauszubringen.

Wenn einige Künstler und Schriftsteller, statt an der Meisterei des sozialistischen Aufbaus teilzunehmen, fordern, daß

solche sowjetische Literatur bevorzugt bei uns herausgebracht wird, die die Leiden der Inhaftierten unter dem Stalinschen Terror behandelt, so sagen wir ihnen ganz offen: Bestimmte Werke dieser Gattung können wohl in bezug auf die inneren Verhältnisse der Sowjetunion dort wirksam sein, es liegt aber absolut kein Grund vor, sie bei uns zu veröffentlichen. Wir konzentrieren unsere Aufmerksamkeit auf die großen konstruktiven Werke der sowjetischen Kunst, studieren sie und lernen aus ihnen“ (vgl. „Neues Deutschland“, 4. 4. 63, S. 5).

Ulbricht griff auch den damaligen Ersten Sekretär des Schriftstellerverbandes, Otto Braun, einen verdienten Altkommunisten, an:

„Die Lage, daß der Sekretär des Schriftstellerverbandes wie eine Art Verkehrsschutzmann zwischen den verschiedenen Richtungen und Strömungen im Verband den Verkehr regelt und immer aufpaßt, daß die verschiedenen Richtungen richtig zum Zuge kommen, ist unhaltbar. Das kann nicht die Aufgabe eines Sekretärs sein“ (vgl. „Neues Deutschland“, 4. 4. 63, S. 5).

Gesteuerte Diskussionen

Das „Neue Deutschland“ veröffentlichte im März, April und Mai zahlreiche Diskussionsbeiträge und Artikel zu Kulturfragen. Die Veröffentlichungen waren zweifellos sorgfältig ausgewählt und redigiert worden. Alle publizierten Reden und Artikel enthielten ein Bekenntnis zur Kulturpolitik der SED-Führung und zum Prinzip des „sozialistischen Realismus“ bzw. atmeten den Geist reuevoller Selbstkritik.

Im Rahmen dieser Kampagne erschienen im „Neuen Deutschland“ Ausführungen von Arnold Zweig, Hedda Zinner, Max Zimmering, Anna Seghers, Stephan Hermlin, Walter Felsenstein, Gustav v. Wangenheim, Hans Marschwitz u. a. Die Beiträge dieser Künstler waren jedoch in ihrer Zustimmung unterschiedlich getönt.

Der häufig im Bundesgebiet auftretende kommunistische Staranwalt Karl Kaul, der sich auch schriftstellerisch betätigt, betonte vor allem die „nationale Verantwortung“ der Schriftsteller und trat gegen gesamtdeutsche Gespräche und gegen die Herausgabe bestimmter sowjetischer Werke auf. Er bemerkte u. a.:

„Ich bin bestimmt der letzte, der sich Kontakten . . . mit westdeutschen Gruppen und Persönlichkeiten widersetzt. Aber sind diese Kontakte richtig durchgeführt worden? Man erfährt z. B., daß drüben irgendein bezahlter Handlanger der Konzernpresse über Literatur sprechen wird. Man schickt einen Vertreter dorthin. Reicht das aus? Das ist zuviel und viel zuwenig. Entweder schicke ich Leute, die unseren Standpunkt vertreten und eintreten für unsere Republik, unsere Gesellschaftsordnung, oder ich verzichte darauf, diesen bezahlten Handlangern als Zuhörer zu dienen . . . Genosse Hager hat hier die Frage der Veröffentlichung einer bestimmten Literatur, die jetzt in der UdSSR herauskommt, angeschnitten. Der Vergleich mag angegriffen werden, aber er trifft: Was man vorn im Schützengraben nicht anzünden kann, aus Rücksicht, weil man mit dem Feind in Tuchfühlung steht, das kann man hundert oder zweihundert Kilometer weiter hinten, in der Etappe — wenn ich den militärischen Vergleich anführen darf —, mit großem Feuer und mit angeheizten Ofen tun. Wir sind nun einmal an der Nahtstelle zweier Welten, und unser Klassenkampf ist ein einmaliger Vorgang“ (vgl. „Neues Deutschland“, 6. 4. 63, S. 4).

Dieser Vergleich ist sehr aufschlußreich. Die SED-Führung ist sich angesichts der Nähe der freien Welt ihrer Leute nicht sicher.

„Selbstkritiken“ der angegriffenen Künstler

Während Stephan Hermlin in seiner Selbstkritik sich zwar schuldig bekannt und der Parteiführung Treue gelobt hatte, meldete er doch gleichzeitig Vorbehalte gegen die Isolierung der mitteldeutschen Künstler an und bekannte, gegen „eine Wiederholung dieses Fehlers nicht gefeit“ zu

sein. Gleichzeitig verteidigte er mutig den jungen Dichter Wolf Biermann, der aus der SED ausgeschlossen wurde. Wolf Biermanns Gedichte hatten nach einem ahnungslosen Eingeständnis der SED-hörigen „Berliner Zeitung“ auf der umstrittenen Dichterlesung der Akademie der Künste am 15. Dezember 1962 „den tiefsten Eindruck“ hinterlassen.

Lesenswert ist der im „Neuen Deutschland“ veröffentlichte Auszug aus der Selbstkritik, zu der Wolfgang Langhoff genötigt wurde:

„Die Aufführungen von Peter Hacks' ‚Die Sorgen und die Macht‘ und meine Inszenierung sind nicht ein einmaliger Fehltritt, der auf der Basis einer richtigen Kulturpolitik des Deutschen Theaters unter meiner Leitung geschehen ist, sondern das Ergebnis falscher Auffassungen von mir und vieler meiner Mitarbeiter über das Wesen unserer Kulturpolitik, unserer Politik und das Ergebnis eines falschen Qualitätsmaßstabes bei Gegenwartsstücken, den ich bis heute hatte und den ich, ich muß das hier offen bekennen, vermutlich auch noch in einigen anderen Fragen habe. Ich brauche euch nicht zu schildern, wie sehr ich unter diesem Zustand leide, denn mein ganzes Sinnen und Trachten, seitdem ich ein bewußtes Leben lebe, war meiner Partei, ihrer Einheit und Geschlossenheit, der Stärkung ihrer Kampfkraft gewidmet. Was nützt aber ein solches Sinnen und Trachten, wenn es nicht auf dem Boden ideologischer Klarheit wirksam wird? ‚Die Sorgen und die Macht‘ hat nicht zur Stärkung der Kampfkraft der Partei beigetragen, es hat sie im Gegenteil geschwächt, es hat die allerwichtigste Frage, die Frage des Vertrauens des Volkes, der Arbeiterklasse zu ihrer Partei entstellt und so den Gegnern der Partei in die Hände gearbeitet... Von dem Wunsch beseelt, die Ausdrucksmittel des sozialistischen Realismus zu erweitern, habe ich in Wirklichkeit nicht die Mittel erweitert, sondern unsere Auffassungen über Weg und Ziel, über die Hauptkraft, die Partei — die auf diesem Weg, der über Triumphe und Niederlagen geht, organisiert und führt — aufgeweicht und mit kleinbürgerlichen Ansichten verwässert und verzerrt. Trotz ehrlicher subjektiver Meinung, gegen jede Form ideologischer Koexistenz zu kämpfen, habe ich in Wirklichkeit ideologische Koexistenz praktiziert“ (vgl. „Neues Deutschland“, 17. 4. 63, S. 4).

Inzwischen wurden von der SED entsprechende personelle Änderungen vorgenommen, wodurch eindeutig klar wurde, daß es nicht um Hilfe, sondern um Unterwerfung ging. Peter Huchel wurde als Chefredakteur von „Sinn und Form“ abgesetzt. Stephan Hermlin wurde zum Rücktritt als Sekretär der Sektion Dichtkunst und Sprachpflege an der Akademie der Künste gedrängt. An seine Stelle trat der dogmatische Altkommunist Alfred Kurella. Chefdramaturg Peter Hacks und der Erste Sekretär des Schriftstellerverbandes, Otto Braun, wurden entlassen. Wolfgang Langhoff wurde zum Rücktritt aus „Gesundheitsrück-sichten“ genötigt. Inzwischen wurde bekannt, daß er nach seinem Rücktritt einen Nervenzusammenbruch erlitten hat.

Der Mai-Kongreß des „Deutschen Schriftstellerverbandes“

Vom 23. bis 25. Mai 1963 fand in Ost-Berlin der Kongreß des sowjetzonalen „Deutschen Schriftstellerverbandes“ (DSV) statt. Diesem Kongreß gingen Stadt- und Bezirkskonferenzen sowie zahlreiche andere Tagungen und Konferenzen der verschiedenen Künstlerverbände, der Akademie der Künste und des Kulturbundes voraus, die im Zeichen der von der Parteiführung gewünschten Auseinandersetzung standen. In allen diesen Gremien beeilte man sich, Loyalitätserklärungen abzugeben, deren zum Teil überschwehlicher Ton um einen Grad zu laut klingt, um ehrlich zu sein.

Der Berliner Kongreß brachte inhaltlich wenig Neues, jedoch sind die Veränderungen im Präsidium des Ver-

bandes sehr aufschlußreich. Wohl wurde Anna Seghers als Präsidentin wiedergewählt, jedoch offenbar nur als Aushängeschild. Der eigentliche Leiter des Schriftstellerverbandes wurde der 36jährige Prof. Dr. Hans Koch, der auch das Hauptreferat hielt und zum Vizepräsidenten und gleichzeitig zum Ersten Sekretär berufen wurde. Koch war bereits vor 1950 im Zentralkomitee der SED tätig und wirkte nach seinem Studium als Leiter des Lehrstuhls für Theorie und Geschichte der Literatur und Kunst am Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED. Einige Parteifunktionäre, Parteiwissenschaftler und strengparteiliche Nachwuchsliteraten von geringstem Niveau wurden neu in den Vorstand des Schriftstellerverbandes gewählt. Dagegen sind u. a. folgende Persönlichkeiten aus dem Vorstand ausgeschieden: Otto Braun, Harald Hauser, Stephan Heym, der begabte Lyriker Georg Maurer, die bekannte Kinderbuchautorin Alex Wedding, Wolfgang Neuhaus, Jeanne Stern, Jan Petersen, Bruno Kaiser und der Greifswalder Literaturwissenschaftler Hans-Jürgen Geerds. Selbstverständlich fehlen auch Peter Huchel, Stephan Hermlin und Peter Hacks.

Vor dem Kongreß des Schriftstellerverbandes startete Kurt Hager den bisher schwersten Angriff gegen Peter Huchel, weil dieser den Fontane-Preis der Westberliner Akademie der Künste angenommen hat. Wütend und völlig wahrheitswidrig erklärte Hager:

„Jetzt wurde darüber informiert, daß der Westberliner Frontstadtsenat Peter Huchel einen Preis zuerkannt hat. Stimmt das oder nicht?“

Ursprünglich wurde Huchel von Vertretern der Akademie der Künste Westberlins aufgesucht, und man erweckte den Eindruck, als ob es sich um einen Preis der Akademie handle. Manche unserer Schriftsteller und Künstler haben Preise ausländischer Akademien. Aber dann stellte sich heraus, daß es sich nicht um einen AkademiPreis handelt, sondern um einen Preis des Westberliner Senats. Bei der Begründung der Verleihung dieses Preises hielt der Westberliner Kultursenator Arndt eine Rede über den großen Freiheitskämpfer Huchel, den Kämpfer gegen die DDR, gegen die Grundlagen der Arbeiter-und-Bauern-Macht, gegen die Herrschaft der Arbeiterklasse.

Daraufhin suchten einige Freunde Peter Huchel auf und sagten ihm: Will er, Peter Huchel, der begabte Dichter, im Lager der Westberliner Frontstadtpolitiker landen, oder will er an unserer Seite bleiben, auch wenn wir ihn kritisiert haben? Kritik ist kein Grund, eine Scheidewand zu ziehen; Kritik ist kein Grund, gewissermaßen Tisch und Bett zu trennen.

Die Kritik, die wir übten, war gut gemeint. Sie war so gemeint, daß wir Peter Huchel von einer falschen politisch-ideologischen Position weg- und zu einer konsequent sozialistischen Position hinführen wollten. Deswegen haben ihm einige Freunde die Frage vorgelegt: Wie stehst du zu diesem Preis des Westberliner Senats und dazu, daß man dich zum Vorkämpfer der sogenannten ‚westlichen Freiheit‘ zu machen sucht, zu einem Apostel gegen die Arbeiterklasse, gegen die erste deutsche Arbeiter-und-Bauern-Macht? Darauf erklärte er, daß er den Preis annehmen wird, daß er gedenkt, von diesem Preis zu leben und daß er sich mit diesem Preis identifiziert.

Das betrachte ich nicht als eine literarische Entscheidung; denn auch ein Peter Huchel — er ist immerhin ein Mann von 60 Jahren — muß in der Zwischenzeit gemerkt haben, was für Leute in Westberlin Politik machen. Und wenn er das nicht gemerkt hat, wenn er so naiv sein sollte, dann sind wir bereit, ihm einen Pionier aus einer Pionierorganisation zu schicken, der ihn darüber aufklärt; denn das wissen bei uns, glaube ich, schon die Jungpioniere, welche Rolle der Westberliner Frontstadtsenat in den vergangenen Jahren spielte, und sie wissen auch, daß keine Veränderung der Politik des Westberliner Senats eingetreten ist.

Ich sagte nachdrücklich, daß ich nicht berufen bin und auch gar nicht versuchen will, das literarische Werk Peter Huchels zu beurteilen. Ich habe manche Gedichte von ihm gelesen, und ich glaube, daß er ein talentierter Dichter ist. Aber hier geht es nicht um die Dichtung, hier geht es um die Annahme des

Preises, der als eine Demonstration gegen die Arbeiter-und-Bauern-Macht gerichtet ist“ (vgl. „Neues Deutschland“, 28. 5. 63, S. 4).

Auf dem Kongreß des Schriftstellerverbandes mußte Hager auch eingestehen, daß die Kritik oft zur Schmälerung der Existenzbasis der Schriftsteller geführt hat (vgl. ebd.). Er beantwortete aber nicht die Frage, warum dies der Fall ist: Jeder Verlagsleiter in Mitteldeutschland, der einen von der Partei kritisierten Schriftsteller weiter fördert, muß befürchten, als „Versöhnler“ gebrandmarkt zu werden. Daher ist das Abrücken von kritisierten Schriftstellern und Künstlern für die Verlagsleitungen meist ein Akt nackter Selbsterhaltung.

Die SED und Jewtuschenko

Für das Ausmaß der Furcht, die die SED-Führung vor einer freien Meinungsäußerung der Künstler hat, ist bezeichnend, daß sie mit beispielloser Schärfe das Verhalten des sowjetischen Dichters Jewtuschenko in Westdeutschland kritisierte. Bisher galt eine offene Kritik an sowjetischen Genossen in jedem Fall als unangebracht, und die SED betrachtete sich in solchen Fällen als nicht zuständig. Bestenfalls beschwerte man sich stillschweigend in Moskau. Da jedoch Jewtuschenko einen bedeutsamen Anklang auch in der „DDR“ fand und sich zahlreiche Schriftsteller auf ihn beriefen, brach die SED-Führung mit ihren bisherigen Gepflogenheiten.

Am 11. April 1963 veröffentlichte der Stellvertretende Chefredakteur des „Neuen Deutschland“, Dr. Günter Kertzsch (ehemals NSDAP), einen Artikel unter der Überschrift „Die heilige Einfalt“. Er knüpfte dabei an einen Brief Jugendlicher aus Thüringen an, in dem sie die Veröffentlichung der Arbeiten Jewtuschenkos in der „DDR“ forderten und dies mit folgenden Worten begründeten:

„Es ist uns doch seit langem klar, daß wir in vielen Dingen, und natürlich auch auf dem Gebiet der Kunst und Literatur, von der Sowjetunion lernen können und lernen wollen. Und warum soll hier nicht Jewgeni Jewtuschenko als einer der besten Repräsentanten der jungen Dichtergeneration der Sowjetunion namentlich erwähnt werden? Es ist doch u. E. keineswegs eine Negierung der Arbeiten unserer jungen Lyriker, wenn Jewtuschenko als Beispiel und Vorbild genannt wird.“

Kertzsch bemühte sich, nachzuweisen, daß Jewtuschenko weder Beispiel noch Vorbild sein könne. Dabei polemisierte er vor allem gegen den in der „Zeit“ (8. 2. 63) erschienenen Artikel „Laßt uns das Eis brechen! — Gedanken beim Abschied aus Deutschland“. Die in diesem Jewtuschenko-Artikel enthaltenen Gedanken waren für die stalinistische SED-Führung ungeheuerlich. Daher seien hier einige Stellen aus dem Beitrag Jewtuschenkos wiedergegeben:

„Der Erdball ist müde geworden . . . Der politische Wettkampf hat sich zu sehr in die Länge gezogen . . . Jeder will schließlich den ernüchternden Pfiff des Schiedsrichters hören, der bedeutet, daß das Spiel zu Ende ist. Wir alle sind zermürbt. Wir tun uns selber und einander ein bißchen leid . . . Die Hauptaufgabe der Menschheit besteht darin, eine ganz einfache Wahrheit zu begreifen: auf beiden Seiten der ideologischen Grenze wohnen, ungeachtet aller politischen Verschiedenheiten, Leute, die in den meisten menschlichen Äußerungen einander ähnlich sind. Und man muß Anstrengungen nicht darauf richten, das Trennende zu suchen — das ohnehin offenkundig ist! —, sondern darauf, das Einigende zu suchen . . . Die Hoffnung, daß Diplomaten zur Annäherung und zum gegenseitigen Verständnis der Völker verhelfen, ist bei mir persönlich zusammengebrochen . . . Ich bin bekümmert, wenn ich sehe, daß das wünschenswerte gegenseitige Verständnis bei unseren Regierungen fehlt . . . Besondere Hoffnungen setze ich auf die Schriftsteller . . . Lassen

Sie uns doch einen Bund der Freundschaft zwischen den Schriftstellern, Künstlern, Gelehrten und Kulturschaffenden der UdSSR und der Bundesrepublik gründen, eine ‚Goethe-und-Puschkin-Gesellschaft‘. Diese Gesellschaft kann, unabhängig von Regierungskreisen und Propaganda, in dem einen und in dem anderen Lande die breiteste angelegten schöpferischen Begegnungen und Diskussionen organisieren.“

Auf Grund dieses Beitrages bezichtigte Kertzsch Jewtuschenko, daß er den Klassenstandpunkt und die Position des Marxismus-Leninismus völlig verlassen habe. Er äußerte seine Enttäuschung darüber, daß der Dichter mit seinem Auftreten in Westdeutschland nicht der „DDR“, sondern den „Imperialisten“ geholfen habe.

Das Dilemma der Partei

Wenn die SED-Führung in der Auseinandersetzung hart auftrat und auch vor Verurteilungen und Abberufungen nicht zurückschreckte, so versuchte sie dennoch, die kritisierten und gemaßregelten Schriftsteller im allgemeinen nicht in die Isolierung zu drängen und damit in ihrer Opposition zu bestärken. Sie duldet und fördert weiterhin das Auftreten der abgekanzelten Künstler und Schriftsteller in der Öffentlichkeit. Stephan Hermlin durfte kürzlich die Ostberliner Akademie der Künste bei der Trauerfeier für den türkischen kommunistischen Dichter Nasim Hikmet in Moskau vertreten. Wolf Biermann durfte wieder bei einem öffentlichen Lyrikabend auftreten. Günter Kunert wurde gestattet, als einer von vier Vertretern des Schriftstellerverbandes mit einer ausländischen Schriftstellerdelegation zusammenzutreffen. Alles dies soll der Öffentlichkeit zeigen, daß den Kritisierten praktisch nichts geschieht, daß sie nach wie vor alle Möglichkeiten zum Arbeiten haben, wenn sie bereit sind, sich der Partei unterzuordnen. Die Parteiführung verfolgt die Taktik, einen offenen Bruch mit einzelnen Schriftstellern zu vermeiden. Wenn dies jedoch wegen „mangelnder Einsicht“ nicht möglich ist, dann schiebt sie die Schuld — wie das Beispiel Peter Huchels zeigt — dem Kritisierten zu.

Daß heute die SED-Führung bei der Behandlung von Opponenten geschickter vorgeht, hat seinen Grund darin, daß sie sich von dem Odium, sie denke und handle stalinistisch, allmählich befreien möchte. Dieser Vorwurf wird ihr immer wieder von Zeit zu Zeit von den kommunistischen Parteien des Ostens gemacht. Ihre Situation ist dabei nicht einfach: einerseits steht sie „an der Nahtstelle des Kalten Krieges“; daher muß sie jeden Protest und jedes Aufbegehren rasch und gründlich zerschlagen, andererseits darf sie sich bei ihrem Vorgehen nicht allzu weit vom sowjetischen Vorbild entfernen. Was Ehrenburg und Jewtuschenko sich in der „Etappe“ leisten konnten und sicherlich, wenn auch vorsichtiger, auch weiterhin leisten werden, wäre in der „DDR“ undenkbar. Aber gerade die „neuen Töne“ in der UdSSR werden von den künstlerischen Intelligenz Mitteldeutschlands aufmerksam verfolgt und können auch von der SED-Führung nicht ganz ignoriert werden.

**Sowjetphilosophie
gegen die
„philosophische
Argumentation“
der Orthodoxen**

Um die Ideen des Christentums zu verbreiten und den Einfluß der Kirche auf die gläubigen Sowjetmenschen aufrechtzuerhalten, bedienen sich die heutigen orthodoxen Theologen in Predigten und theologischen Publikationen nicht zuletzt der „philosophischen Argumentation“, mit deren Hilfe sie

die philosophische Überlegenheit des Christentums über die marxistisch-leninistische Philosophie zu beweisen und gleichzeitig den „wissenschaftlichen Atheismus“ und seine theoretische Grundlage, den dialektischen und historischen Materialismus, zu diskreditieren suchen. Diesen Tatbestand berücksichtige die atheistische Propaganda noch zu wenig, heißt es in einem Artikel in den von der Akademie der Wissenschaften der UdSSR herausgegebenen „Fragen der Philosophie“ (N. S. Gordienko, Kritik der philosophischen „Argumentation“ der heutigen Orthodoxie, in: *Voprosy filosofii* Nr. 10, 1962, S. 48–56). Zweck des Artikels ist offenbar, diese Lücke in der atheistischen Propaganda zu schließen.

Weil die Kirchenanhänger zu berücksichtigen hätten, daß die marxistisch-leninistische Philosophie das theoretische Fundament des Kommunismus bilde und „sich als solche allgemeiner Anerkennung und Unterstützung in unserer Gesellschaft erfreue“, müßten sie nach Gordienkos Ansicht gewisse Rücksichtnahmen üben und offene feindliche Ausfälle gegen den dialektischen und historischen Materialismus vermeiden. In Wahrheit sind es aber die Bedingungen des totalitären Regimes, die jedem ideologisch Andersdenkenden eine solche Rücksichtnahme und Vorsicht auferlegen.

Als philosophische Grundlage der von den orthodoxen Theologen „propagierten Anschauungen“ wird in dem Artikel — nach dem bekannten Schema der Einordnung der ideologischen Gegner — der „objektive Idealismus in seiner offen theologischen Form“ bezeichnet. Da dieses Verdikt zum Leninschen philosophischen Erbe gehört, wird es nicht weiter begründet. Man weiß, daß sich die gebildeten Gläubigen immer wieder bemühen, dieses philosophische Mißverständnis aufzuhellen. Vor einiger Zeit hieß es in einem Leserbrief an eine Moskauer Zeitung, das Christentum als philosophischen „Idealismus“ abzutun, sei eines gebildeten Menschen unwürdig.

Die christliche Philosophie, erfahren wir weiter, geht zurück auf die „idealistischen Lehren“ Philos von Alexandrien und Senecas, auf Basilus den Großen, Gregor den Theologen, Justin, Thomas von Aquin und andere Väter. Unter den russischen Denkern dieser Richtung erfreuten sich solche „Reaktionäre und Mystiker“ wie A. Chomjakov, Vl. Solovjov und Vl. Losskij besonderer Wertschätzung bei den heutigen Streibern für die Orthodoxie. Chomjakovs Verdienst bestehe für sie darin, daß er unter Erneuerung der Vätertradition das Unvermögen der Vernunft begründe, die keiner Beweise, sondern nur des Glaubens bedürftigen Wahrheiten des Christentums zu erfassen. Ebenso werde Vl. Solovjov geschätzt — wegen seiner „reaktionären Schlußfolgerungen“ über den Primat des Glaubens vor der Vernunft, über die Beschränktheit des menschlichen Erkenntnisvermögens und die Notwendigkeit, Wissenschaft und Philosophie der Theologie unterzuordnen. Auch bei Vl. Losskij (der vor einigen Jahren in Paris gestorben ist und der kirchlichen Richtung der Emigration angehörte, die zum Moskauer Patriarchat hält) sei es vor allem die „Apologie der Mystik, des Irrationalismus und Agnostizismus“, von der sich die „Ideologen der heutigen Orthodoxie“ angezogen fühlten.

Gegen alle „Erfahrungen des sozialistischen Aufbaus“ von der Überlegenheit der marxistischen Philosophie über alle philosophischen Theorien der Vergangenheit und Gegenwart vertreten sie den Gedanken, daß die kirchliche Glaubenslehre das vollkommenste philosophische System enthält und daß eine von inneren Widersprüchen freie,

ganzheitliche Weltanschauung allein auf den vom christlichen Denken angeeigneten dogmatischen Wahrheiten des Christentums errichtet werden kann.

Zu den unzulässigen Mitteln, mit denen die orthodoxen Theologen angeblich operieren, gehören nach Ansicht des Verfassers drei philosophiegeschichtliche Fälschungen: Die antike, besonders die platonische philosophische Tradition werde von der Orthodoxie zum „Prolog der christlichen Philosophie“ erklärt, während ja in Wahrheit die Ideologen des Christentums viele ihrer wichtigsten Gedanken bei diesen, wie sie sagen, „vorchristlichen Christen“ entlehnt hätten. Die geistige Krise am Ende der alten Welt werde durch das Versagen des Menschen erklärt, mit eigenen Kräften, ohne Hilfe Gottes sich in den weltanschaulichen Fragen zurechtzufinden; erst das Christentum habe die Menschheit aus dieser Krise befreit. In Wahrheit ist aber nach Gordienko das Wesen dieser Krise der Zerfall der gesellschaftlichen Verhältnisse der Sklavenhaltergesellschaft gewesen. Schließlich stellen die orthodoxen Theologen die philosophische Entwicklung nach dem Aufkommen des Christentums als einen allgemeinen und endgültigen Sieg der christlichen Weltanschauung dar. Während sie alle materialistischen und „fortschrittlichen“ Strömungen völlig ignorieren, preisen sie die „religiös-idealistischen“ Systeme eines N. Berdjajev, Vl. Losskij und anderer „Reaktionäre und weißer Emigranten“, obwohl niemand von diesen, wie der Verfasser versichert, auch nur eine einigermaßen bedeutende Rolle in der Entwicklung des philosophischen Denkens gespielt habe.

„Vernunft und Unsterblichkeit“

Zu den sachlichen Einwänden gegen die orthodoxe „Argumentation“ übergehend, wendet sich der atheistisch-materialistische Autor an erster Stelle gegen den „Agnostizismus“. Die „ideologische Tätigkeit“ der Kämpfer für die Orthodoxie zeichne sich durch einen umfassenden Angriff gegen die menschliche Vernunft, durch „aktive Propaganda der Ideen des Agnostizismus“ aus. Obwohl die Kirchenleute in der heutigen „Epoche des Triumphes der menschlichen Vernunft“ offiziell den Agnostizismus ablehnen müßten, durchziehe er in vielerlei maskierter Form doch die Veröffentlichungen im Journal des Moskauer Patriarchats. Vor allem bemühe man sich, den Gläubigen die Auffassung von der Unerkennbarkeit der christlichen Dogmen beizubringen. Dies sei in der Tat verständlich, da die Dogmen einer jeden Religion „den wissenschaftlichen Fakten und der gesellschaftlichen Praxis so offensichtlich widersprechen, daß ihr Beweis unmöglich ist“. Darüber hinaus bemühen sich die orthodoxen Theologen aber auch, die Unerkennbarkeit der Welt, besonders auf dem Gebiet der gesellschaftlichen Beziehungen, den Gläubigen einzureden.

Ohne die Hilfe der christlichen Glaubenslehre sei nach Meinung der orthodoxen Theologen die menschliche Vernunft nicht in der Lage, dem Menschen eine richtige Orientierung in der Welt zu vermitteln. In Predigten und in Aufsätzen im Journal des Moskauer Patriarchats werde der Appell an die Vernunft als eine der schwersten Sünden bezeichnet, als das höchste Ideal dagegen die „Armut im Geiste“.

Diese „Diskreditierung der menschlichen Vernunft“ ist nach Ansicht des Verfassers verständlich. Gerade angesichts der Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse und des Anstiegs der ideologisch-politischen Reife der Massen unter den Bedingungen des Sozialismus, unter dem die

„sozialen Wurzeln“ der Religion untergraben sind, versuchen die Verteidiger der Orthodoxie unter den Sowjetmenschen „den giftigen Samen des Unglaubens an die Vernunft zu säen und sie im Geiste eines blinden und gedankenlosen Glaubens zu erziehen“. Als Gegenmittel empfiehlt der Verfasser eine allumfassende Propaganda der sowjetischen wissenschaftlichen Errungenschaften.

Als besonders „feindlich“ für die kommunistische Ideologie empfindet der Verfasser natürlich den „pessimistischen Agnostizismus“ der Kirchenleute in bezug auf die Entwicklung des gesellschaftlichen Lebens. Die Behauptungen, daß sich alles nach einem göttlichen Plan entwickle, den zu durchschauen der menschliche Verstand nicht in der Lage sei, sollen letzten Endes die Richtigkeit der wissenschaftlichen Vorausschau in Zweifel ziehen, auf Grund derer die Kommunistische Partei der Sowjetunion ihren „wissenschaftlich begründeten“ Plan zum Aufbau des Kommunismus erarbeitet hat.

Wie der Verfasser behauptet, wird ferner in den kirchlichen Predigten und theologischen Aufsätzen die marxistische Ethik systematisch bezichtigt, nicht in der Lage zu sein, das Wesen der geistigen Tätigkeit des Menschen zu erklären und eine befriedigende Antwort auf die Fragen nach dem Sinn des Lebens, der Unsterblichkeit usw. zu geben, obwohl dies in Wahrheit gerade von der marxistisch-leninistischen Ethik zum erstenmal in der Geschichte geleistet worden sei. Wie ungenau und unsachlich der kommunistische Autor argumentiert, zeigt folgende Stelle: Im Gegensatz zu der vom Metropoliten Nikolai einmal charakterisierten orthodoxen Auffassung vom Sinn des Lebens als einer „Vorbereitung zum Tode und zu jener Unendlichkeit, die sich vor jedem in der Minute des Todes öffnet“, lehre die kommunistische Ideologie, den Sinn des Lebens und das Ideal nicht im Verlassen der Welt (!), sondern in der aktiven Umgestaltung der Welt . . . zu suchen.

Auch in der Frage der Unsterblichkeit hat nach Gordienko der dialektische Materialismus seine Überlegenheit über die christliche Ideologie gezeigt, insofern nämlich die Marxisten unter Ablehnung der Lehre von der „unsterblichen Seele“ die Unsterblichkeit großer Werke, die Ewigkeit großer Verdienste, die Unvergesslichkeit großer Taten

im Gedächtnis der dankbaren Menschheit durchaus anerkennen. „Die Atheisten sind fest davon überzeugt, daß das Werk Marxens, Engels und Lenins nie stirbt . . .“

„Von Aufsatz zu Aufsatz, von Predigt zu Predigt zieht sich der Gedanke, daß nur religiös eingestellte Menschen einen sittlichen Lebenswandel führen und moralische Vollkommenheit erlangen können . . ., während die Atheisten von etwas Ähnlichem nicht einmal träumen können.“ Doch nicht irgendwelche Orthodoxe, sondern die Materialisten führten den Kampf der Werktätigen für den Sozialismus an und verhalfen der kommunistischen Moral in der Sowjetgesellschaft zum Sieg. Worin im einzelnen die Überlegenheit dieser „kommunistischen Moral“ als der „höchsten Etappe der Menschheitsentwicklung“ besteht, gibt der Verfasser nicht an. Ihm genügen offenbar die Eigenschaften „kommunistisch“ und „materialistisch“, um sie als die höchste Moral auszuweisen. Seine optimistische Behauptung, daß sich gerade der Appell an die Probleme der Sittlichkeit gegen die orthodoxen Theologen richtet und die „theoretische Tiefe und moralische Größe der marxistisch-leninistischen Philosophie bestätigt“, zeigt neben ihrer schablonenhaften Phrasenhaftigkeit, daß der Verfasser offenbar seine eigene atheistische Literatur zuwenig kennt, in der in letzter Zeit dem Ideenkampf zwischen Religion und Sowjetideologie um die Moral eine Beachtung geschenkt wird, die zeigt, daß man sich der Gewichtigkeit und Anziehungskraft der „religiösen Moral“ immer bewußter wird.

Zum Schluß seines Artikels, der sich nicht gerade durch philosophischen Tiefsinn auszeichnet, stellt der Verfasser nochmals fest, daß die ihrem Wesen nach idealistischen und agnostizistischen philosophischen Anschauungen der heutigen orthodoxen Theologen eine klare antimarxistische Tendenz haben und „von den Kirchenanhängern in der Absicht propagiert werden, unter den Sowjetmenschen Mißtrauen gegen die dialektisch-materialistische Weltanschauung zu säen und damit einen günstigen Boden für eine weitere Verbreitung der Ideen des Christentums in unserer Gesellschaft zu bereiten“. So sieht der Sowjetatheist die Wirkungen der Orthodoxen Kirche, von der oft behauptet wird, sie habe jeden Versuch aufgegeben, mit ihrem Einfluß die Menschen zu erreichen.

Die Kirche in den Ländern

Die Kirche im unabhängigen Algerien

Anfang Juli 1963 feierte Algerien den ersten Jahrestag seiner Unabhängigkeit. Das Ereignis, im Ausland kaum wahrgenommen, sollte nach dem Willen der Staatsführung zu einer Demonstration der Leistungen des algerischen Volkes und seines Regimes während dieser ersten Periode des Wiederaufbaues werden. Bei der Truppenparade am 5. Juli in Algier erschien Ministerpräsident Ben Bella in Begleitung des stellvertretenden Oberbefehlshabers der Armee der Vereinigten Arabischen Republik, Oberst Abdel Hakim Amer, und des kubanischen Industrieministers E. Guevara. Wollte damit Ben Bella vor der Öffentlichkeit demonstrieren, auf welche Kräfte er sein Regime stützen will und mit welchen Mitteln der Wiederaufbau des Landes vorangetrieben werden soll? Wahrscheinlich darf man darin nicht mehr sehen als eine sym-

bolische Geste, denn das Verhältnis Algeriens unter der Regierung Ben Bellas zur Vereinigten Arabischen Republik, dem „großen Bruder“ aus der Zeit des Befreiungskrieges, blieb trotz wiederholter Freundschaftsbezeugungen von beiden Seiten nicht krisenfrei, und in der so demonstrierten ideologischen Nachbarschaft zum Kuba Fidel Castros darf man offenbar nicht mehr sehen als gewisse Rudimente einer gemeinsamen „revolutionären Doktrin“. Allein entscheidend für die Zukunft des Landes ist die Tatsache, daß sich Algerien im ersten Jahr seiner Unabhängigkeit weder politisch noch wirtschaftlich von den Folgen des Freiheitskrieges erholt hat und deshalb immer offensichtlicher einer Krise zustrebt, deren Keime wohl schon seit langem, praktisch seit der Machtergreifung der „Gruppe von Tlemcen“ unter Ben Bella unter der Oberfläche des politisch und wirtschaftlich noch wenig konsolidierten Staatswesens weitergewuchert hatten. Von daher